

A N T R A G

Kleingewerbeförderung

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abteilung VIa – Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten
6901 Bregenz

1. Förderungswerberin/Förderungswerber:

Name des Unternehmens:

Anschrift (Straße und Ort):

UID-Nummer:

Telefonnummer:

Unternehmensgegenstand:

Ansprechperson:

Email:

Beschäftigte derzeit (Vollzeitäquivalent):

Beschäftigte nach dem Projekt (Vollzeitäquivalent):

2. Projekt:

Zeit der Durchführung:

Es wird bestätigt, dass der gegenständliche Förderantrag vor Beginn der Arbeiten am geplanten Projekt (= vor der ersten rechtsverbindlichen Bestellung) eingereicht wird.

- ja
 nein

Förderschwerpunkte:

Bitte markieren Sie zwei Schwerpunkte (bei EPU nur einen), die durch Ihr Projekt erfüllt werden und begründen Sie diese im Rahmen einer kurzen Beschreibung des Projektes:

- a. Investitionen im Zusammenhang mit Produkt/Dienstleistungsinnovationen oder -diversifikationen
- b. Investitionen zur Verbesserung der Produktions- bzw. Arbeitsabläufe
- c. Investitionen zur Erhöhung der Dienstleistungs- bzw. Fertigungskapazitäten
- d. Verbesserung der Qualität bestehender Produkte bzw. Dienstleistungen
- e. Investitionen zur erheblichen Reduktion des Material- oder Energieeinsatzes sowie zur Vermeidung von schädlichen Emissionen

Kurzbeschreibung des Projektes sowie Begründung der Förderschwerpunkte:

3. Finanzierung:

Finanzierendes Institut:

Darlehenshöhe:

Konditionen: Laufzeit:

Beantragte Förderung bei anderen Förderstellen:

Wenn ja, wo:

Erhaltene Förderungen auf Bundes- und Landesebene in den letzten 3 Jahren:

Förderungsaktionen:

Höhe der Förderungen:

4. Bankverbindung:

Name des Unternehmens:

BIC: IBAN:

Das Unternehmen bestätigt mit der Unterschrift des Antragsformulars, dass es sich hier um ein legitimes Konto des Unternehmens handelt.

Das Unternehmen bestätigt, dass

- a) es den Organen des Landes und/oder den Organen der EU Überprüfungen des Förderungsvorhabens durch Einsicht in die betreffenden Bücher, Belege und Unterlagen und durch Besichtigungen an Ort und Stelle gestattet und die erforderlichen Auskünfte erteilt,
- b) es erledigte, laufende oder beabsichtigte Förderungsansuchen zum gleichen Vorhaben bei anderen Rechtsträgern oder Dienststellen mitteilt,

- c) es sich verpflichtet, bei unvollständig eingebrachten Förderungsanträgen die ausstehenden Unterlagen nach Möglichkeit innerhalb von 6 Monaten nach Antragstellung nachzureichen, da ansonsten der Antrag außer Evidenz genommen werden kann,
- d) es sich verpflichtet, das Auftreten von Gründen, die zum Widerruf der Förderung führen können, dem Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten, unverzüglich schriftlich bekannt zu geben und über wesentliche Änderungen zu informieren.

Das Unternehmen nimmt zur Kenntnis, dass

- a) die Förderungszusage ihre Wirksamkeit verliert und Geldzuwendungen zurückzahlen oder sonst gewährte Förderungen zurückzuerstatten sind, wenn
 1. die Förderung auf Grund unrichtiger oder unvollständiger Angaben der Förderungswerberin bzw. des Förderungswerbers erlangt wurde, oder
 2. die geförderte Leistung aus Verschulden der Förderungswerberin bzw. des Förderungswerbers nicht oder nicht rechtzeitig ausgeführt wurde oder ausgeführt wird, oder
 3. die Förderung widmungswidrig verwendet wird, oder
 4. Überprüfungen durch Organe des Landes verweigert oder behindert werden, oder
 5. erkennbar wird, dass die Rückzahlung der geförderten Finanzierung nicht mehr vertragsgemäß erfolgt oder
 6. die vorgeschriebenen Bedingungen und Auflagen aus Verschulden der Förderungswerberin bzw. des Förderungswerbers nicht erfüllt werden,
- b) Geldzuwendungen, die gemäß Abs. 6 lit. f zurückzahlen sind, vom Tage der Auszahlung an bis zur gänzlichen Rückzahlung mindestens mit dem für diesen Zeitraum jeweils geltenden Referenzzinssatz gemäß Art. 1 § 1 Abs. 2 des 1. Euro-Justiz-Begleitgesetzes, BGBl. I Nr. 125/1998, kontokorrentmäßig verzinst werden,
- c) sich derjenige/diejenige, der/die eine ihm/ihr gewährte Förderung missbräuchlich zu anderen Zwecken als zu jenen verwendet, zu denen sie gewährt worden ist, gemäß § 153 b des Strafgesetzbuches strafbar macht.

Ort, Datum

Unterschrift des Unternehmens inkl. Firmenstempel

Beilagen (müssen dem Antragsformular beigelegt sein):

- Projektbeschreibung
- Kostenaufstellung
- Stellungnahme des Bankinstitutes (bzw. Leasinginstitutes) zur Finanzierung des Vorhabens und zur Bonität des Unternehmens

- Letzte Jahresbilanz
- Firmenbuchauszug
- Gewerberegisterauszug